

Entwicklungs- und Konsolidierungskonzept 2015

19. April 2010

Ausgangssituation

- Weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise.
- Rückgang der allgemeinen Schlüsselzuweisungen des Freistaates in Folge von Steuermindereinnahmen und Rückgang der Mittel Solidarpakt II (2012 zu 2010 ca. 43 Mio. Euro weniger).
- Geringere Einnahmen aus Lohn- u. Einkommensteuer durch Gesetzesänderungen (ca. 2 Mio. Euro).
- Von 2011 bis 2013 erwartet die Stadt Chemnitz Haushaltsdefizite von bis zu 57 Mio. Euro.

2011: -53.160.970 Euro

2012: -57.983.328 Euro

2013: -59.056.191 Euro

Im Durchschnitt: - 57 Mio. Euro

- Auflage in Haushaltgenehmigung 2010 zur Erarbeitung eines HSK

Aufteilung der Konsolidierungsbeiträge auf die Dezernate

Dezernat	Gesamt- ausgaben	Konsolidierungs- beitrag	Anteil des Dezernats in %	Reduz. AE
OB-Bereich	6.735.469,00 €	1.104.000,00	16,39	9,85
1	67.362.057,00 €	9.449.164,00	14,03	208,27
2	10.813.495,00 €	1.557.830,00	14,41	12,0
3	13.862.208,00 €	2.677.989,00	19,32	15,40
5	194.452.592,00 €	22.160.050,00	11,40	115,61
6	48.697.107,00 €	6.866.000,00	14,10	59,15
Allgemeine Finanzwirtschaft		11.664.550,00		
Summe		55.479.583,00		420,27

Klärungsbedarf (Bäder, Sonstiges) = 2.000.000,00
Gesamt: 57.479.583,00

Wesentliche strukturelle/organisatorische Maßnahmen innerhalb der Verwaltung

- Zusammenlegung des ZGB, der Ämter 65 und 23 zu einem Fachbereich „Zentrale Gebäudebewirtschaftung“
Umsetzung zum 01.01.2011; Zuordnung zum Dezernat 1
- Zentrale Vergabestelle und Teile der Zentralen Verwaltungsdienste werden zu einer „Zentralen Beschaffungsstelle“ zusammengeführt
Umsetzung zum 01.01.2011
- Aufbau eines neuen Fachbereichs Bildung
Umsetzung zum 01.01.2011; Zuordnung zum Dezernat 5
- Zusammenführung der Ämter 25 und 30
Umsetzung zum 01.01.2011; Zuordnung zum Dezernat 3
- Gründung eines Eigenbetriebes Kultur (Tietz, Kulturbüro, Musikschule)
Umsetzung zum 01.01.2011
- Ausgliederung der Bäder; ggf. weitere org./strukturelle Änderungen im Amt 52
Umsetzung zum 01.01.2012
- Auflösung des Amtes 60; Umverteilung der Aufgaben in andere Bereiche
Umsetzung zum 01.01.2011



Wesentliche strukturelle/organisatorische Maßnahmen innerhalb der Verwaltung

- Konzept zur Zuständigkeitsabgrenzung ASR/D 6 für Reinigungsleistungen im öffentlichen Raum;
Neustrukturierung in den Ämtern 66 und 67
Umsetzung zum 01.01.2011
- Reduzierung der Anzahl der Dezernate von 5 auf 4
Umsetzung Mitte 2015

Überblick Stadtrat/Gremien

- Aufhebung der Ortschaftsverfassungen zum Ende der Wahlperiode im Sommer 2014

dafür:

Entwicklung eines Bürgerbeteiligungskonzeptes für das gesamte Stadtgebiet; Umsetzung ab 2012

- Reduzierung der Kosten für die Stadtrats- und Gremienarbeit um 200.000 € (Erarbeitung eines Vorschlag mit den Fraktionen)
- Austritt aus Eurocities, Konzentration auf Arbeit mit den Partnerstädten
- Kürzung der Sachausgaben im A 15 um 160.000 € (Veranstaltungen, Zuschüsse, Lila Villa)

Konsolidierungsbetrag gesamt: 1,1 Mio. Euro

Dezernat 1

■ Vorschläge SE 10

- strukturelle Veränderung:
Auflösung der Selbständigen Einrichtung und Angliederung der Funktionen an andere Organisationseinheiten
- insgesamt werden 6 Maßnahmen zur Effizienzsteigerung umgesetzt, u. a.:
 - Erarbeitung eines Druckkonzeptes – stadtweite erhebliche Reduzierung der Druckeranzahl und damit der Druckkosten
 - Verbesserung des Einkaufs – Bildung einer zentralen VOL-Vergabestelle
- gesamter Konsolidierungsbeitrag der Maßnahmen: 612.000 €

■ Vorschläge Amt 37

- strukturelle Veränderung:
 - Veränderung der Organisation im Zivil- und Katastrophenschutz – Abbau einer AE
 - Absenkung der Funktionsstärke um 2 Funktionen – Reduktion um ca. 9 AE
- gesamter Konsolidierungsbeitrag der Maßnahmen: 600.000 €

Dezernat 1

- **Vorschläge Amt 11**
- Strukturelle Veränderung: Anpassung des Personalbestandes an die sinkende Mitarbeiterzahl
- insgesamt werden 6 Maßnahmen umgesetzt, u. a.:
 - Ausbildung wird reduziert – zukünftig bedarfsgerechte Ausbildung,
 - Tierpfleger, Bauzeichner, Straßenbauer werden mangels Bedarf nicht mehr ausgebildet
 - Ausbildung von Verwaltungsangestellten, Verwaltungswirten und Gärtnern wird auf den tatsächlichen Bedarf reduziert
 - auf Grund der demografischen Entwicklung ist eine Ausbildung über Bedarf nicht mehr erforderlich
 - Wegfall der Entschädigung von Praktikanten und Einstellung
 - Einstellung des FSJ-Angebots - auf Grund der demografischen Entwicklung zukünftig nur noch sehr geringe Nachfrage, ausreichendes Angebot durch Dritte, Angebot von FSJ ist freiwillige Leistung
- gesamter Konsolidierungsbeitrag der Maßnahmen: 713.000 €

Dezernat 1

■ Vorschläge SE 17

- strukturelle Veränderung: Neuaufstellung des ZGB zu einem zentralen Gebäudemanagement – Zusammenfassung der SE 17, Amt 65 und Teilen des Liegenschaftsamtes
- insgesamt 14 Maßnahmen zur Effizienzsteigerung, u. a.:
 - Reduktion der Energiekosten durch Preisverhandlung, Intracting, Energieeinsparungen
 - Verbesserungen im Hausmeisterbereich durch die komplette Vergabe der Pflege der Außenflächen, bessere Koordination und Organisation – Reduktion von ca. 40 Stellen
- gesamter Konsolidierungsbeitrag der Maßnahmen: 2.350.000 €

■ Vorschläge Amt 18

- Strukturelle Veränderung:
 - Neuorganisation der städtischen IT durch Zentralisierung und Einführung eines User-Help-Desk Systems – Reduktion von 11 Stellen in den Ämtern und im Amt 18
 - konsequente Umsetzung von E-Government in der Stadtverwaltung Chemnitz, ein entsprechendes Projekt läuft bereits, Investitionen von ca. 6- 7 Mio. € werden getätigt, durch Effizienzsteigerungen soll eine Reduktion von ca. 90 AE erreicht werden
- gesamter Konsolidierungsbeitrag der Maßnahmen: 3.250.000 €

Dezernat 1

■ Vorschläge Amt 40

- strukturelle Veränderung: Bildung eines Fachbereichs Bildung, Abbau von Stellen im Schulverwaltungsamt
- Umsetzung von 12 Maßnahmen im Schulbereich
 - Grundsätzlich war zu entscheiden, ob eine flächendeckende Kürzung von Lehr- und Unterrichtsmitteln über alle Schularten oder ob ein Eingriff ins Grundschulnetz vorgenommen werden soll
 - vorgeschlagen wurde ein Eingriff ins Grundschulnetz, d.h. **keine** flächendeckende Kürzung
 - mit den Eingriffen wird die demografische Entwicklung berücksichtigt – die Klassenbildung in den betroffenen Schulen wird ab 2015 mit großer Wahrscheinlichkeit zunehmend problematisch werden
 - die bestehenden Grundschulstandorte werden gestärkt und können dauerhaft erhalten werden
 - betroffene Grundschulstandorte: Hans-Sager-GS, GS Euba, GS Mittelbach, GS Klaffenbach, GS Kleinolbersdorf, E.-G.-Flemming-Grundschule
 - weitere Maßnahmen:
 - Ausgliederung der Therapeuten
 - Betriebsformwechsel für Heime und Internate
 - Erhöhung der Preise der Schülerbeförderung
- gesamter Konsolidierungsbeitrag der Maßnahmen: 2.088.000 €

Dezernat 2

Allgemeine Finanzwirtschaft Gesamtpotenzial ca. 11,6 Mio. € und Vorschläge D 2

- Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 475 v. H. auf 580 v. H.
(Mehreinnahmen von ca. 7 Mio. €)
geplante Einnahmen 2010: 29,1 Mio. €
Vergleich: Dresden 635 v. H. Leipzig 500 v. H.
Nivellierungshebesatz: 540 v. H.

- Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer A von 300 v. H. auf 350 v. H.
(Mehreinnahmen von 22.900 €)
geplante Einnahmen 2010: 140.000 €
Vergleich: Dresden 280 v. H. Leipzig 350 v. H. Görlitz: 360 v. H.

- Erhöhung der Hundesteuer für einen Hund von 88 € auf 100 €
(Mehreinnahmen von 74.800 €)
geplante Einnahmen 2010: 650.000 €
Vergleich: Dresden: 108 € Leipzig 96 €

- Keine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer!

Dezernat 2

Allgemeine Finanzwirtschaft ca. 11,6 Mio. € und Vorschläge D 2 von ca. 1,6 Mio. €

- Überprüfung der Strukturen (z. B. Zusammenlegung der Ämter 25 und 30) und Arbeitsaufgaben mit dem Ziel der Einsparung von Planstellen und Sachkosten
- Auch städtische Unternehmen und Beteiligungen müssen sich an Konsolidierung beteiligen, ca. 1,5 Mio. €
- Einsparung Bewirtschaftungskosten durch Veräußerung von nicht städtisch genutzten Objekten

Dezernat 3

Das Dezernat 3 schlägt insgesamt 21 Maßnahmen vor, dazu zählen unter anderem

- die Fusionierung des Rechtsamtes mit dem Amt zur Regelung offener Vermögensfragen
- die Auflösung des Versicherungsamtes bzw. Umstrukturierung
- die Steigerung der Überwachungstätigkeit im fließenden Verkehr (durch stationäre und mobile Überwachungseinrichtungen) und ruhenden Verkehr
- Änderung der Rückerstattung der Semesterbeträge, zukünftig einmaliges Begrüßungsgeld
- Reduzierung des mobilen Bürgerservices
- Einschnitte in allen Ämtern des Dezernates jeweils auch mit einer Personalreduzierung

Das Konsolidierungspotenzial beträgt ab 2015 ca. 2.600.000 Euro.

Dezernat 5

Vorschläge Kulturbüro (SE 41)

- strukturelle Veränderung:
 - Gründung Kulturbetrieb
 - Realisierung Nichtwiederbesetzung von Stellen in der Musikschule
- insgesamt werden 8 Maßnahmen umgesetzt, u. a.:
 - Anpassung Zuwendung freier Träger
- gesamter Konsolidierungsbeitrag der Maßnahmen: 598.750 €

Dezernat 5

Vorschläge Kunstsammlungen (SE 49)

- strukturelle Veränderung:
 - Realisierung Nichtwiederbesetzung von Stellen
- insgesamt werden 4 Maßnahmen umgesetzt
- gesamter Konsolidierungsbeitrag der Maßnahmen: 350.000 €

Dezernat 5

Vorschläge Sozialamt (A 50)

- insgesamt werden 13 Maßnahmen umgesetzt u. a.:
 - Anpassung KdU
 - Senkung der Bedarfsgemeinschaften
 - Errichtung Kundenportal
 - Erweiterung Fallmanagement
 - Modernisierung Verwaltungsabläufe
 - Anpassung Zuwendung freier Träger

- gesamter Konsolidierungsbeitrag der Maßnahmen: 5.666 Mio. €

Dezernat 5

Vorschläge Amt für Jugend und Familie (Amt 51)

- Strukturelle Veränderung:
 - Abbau Eigenküchen in kommunalen Kitas
 - Übertragung kommunaler Kitas (ohne Personal)
 - Gründung eines Fachbereiches Bildung
- insgesamt werden 10 Maßnahmen umgesetzt, u. a.:
 - Anpassung Förderung freier Träger (Minimierung der Sachkosten bei Kitaeinrichtungen)
 - Reduzierung der Betreuungszeiten von 7,5 auf 6 Stunden
- gesamter Konsolidierungsbeitrag der Maßnahmen: 8.497 Mio. €

Dezernat 5

Vorschläge Sportamt (Amt 52)

- Strukturelle Veränderung:
 - Ausgliederung der Struktureinheit Bäder
 - Übertragung von Sportstätten
- insgesamt werden 10 Maßnahmen umgesetzt, u. a.:
 - Änderung der Gebührensatzung zur Nutzung kommunaler Sportstätten
- gesamter Konsolidierungsbeitrag der Maßnahmen: 1.531 Mio. €

Dezernat 5

Vorschläge Gesundheitsamt (Amt 53)

- insgesamt werden 7 Maßnahmen umgesetzt, u. a.:
 - Optimierung der Verwaltungsabläufe im medizinischen Bereich
 - Anpassung Förderung freier Träger
- gesamter Konsolidierungsbeitrag der Maßnahmen: 0.653 Mio. €

Dezernat 5

Vorschläge Eigenbetrieb DASTietz

- strukturelle Veränderung:
 - Bildung eines Kulturbetriebes
 - Überarbeitung der Struktur der Stadtbibliothek
- insgesamt 5 Maßnahmen zur Effizienzsteigerung, u. a.:
 - maßvolle Gebührenanpassung
- gesamter Konsolidierungsbeitrag der Maßnahmen: 1.064 Mio. €

Dezernat 5

Vorschläge Städtische Theater gGmbH

- insgesamt 2 Maßnahmen zur Effizienzsteigerung, u. a.:
 - Festschreibung des kommunalen Zuschusses auf Basis 2010
 - nach 2015 weitere Konsolidierung
- gesamter Konsolidierungsbeitrag der Maßnahmen: 4.300 Mio.

Dezernat 6

- Im Baudezernat werden im investiven Bereich erhebliche Summen des Vermögenshaushaltes der Stadt Chemnitz jährlich umgesetzt. Der Anteil des Baudezernates am Verwaltungshaushalt der Stadt beträgt lediglich rd. 8 % der Gesamtsumme des VWH bei den Ausgaben.
- Um Konsolidierungspotenziale zu erschließen, wurden von den Ämtern des Baudezernates über **50 Einzelmaßnahmen** untersucht, die sowohl interne Struktur- und Prozessoptimierungen aufgreifen, aber auch Veränderungen zu Einnahme – und Ausgabepositionen beinhalten.
- Die wesentlichen Vorschläge zu Veränderungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Dezernat 6

- Alle Ämter haben Vorschläge zu **Prozessoptimierungen und Umstrukturierungen** eingebracht, teilweise sind diese mit technischen Investitionen im Vorfeld zur **Effizienzsteigerung** verbunden.
(z. B. bei 66 und 67 – elektronische Dokumentationsgeräte für Kontrollgänger oder bei 63 optimierter Einsatz der EDV und des Internets)
Insgesamt rund 60 Stellen können perspektivisch eingespart werden. (Dies entspricht rd. 3,0 Mio €)
- Bei der **Reduktion von Ausgaben** wurden die Bereiche
 - Stromverbrauch und Kosten in den städtischen Gebäuden
 - Stromverbrauch und Kosten bei der Stadtbeleuchtung
 - Wartungskosten bei Lichtsignalanlagen und bei der Stadtbeleuchtung analysiert und ausgewertet.

Bis zum Jahr 2015 wird hier durch Energieeinsparungen und Vertragsänderungen ein Einsparpotential von rd. 2,3 Mio € gesehen.
- Moderate **Erhöhungen von Einnahmen** werden in nachfolgenden Bereichen vorgeschlagen:
 - Gebühren bei der Sondernutzungssatzung
 - Gebühren gemäß Straßenverkehrsordnung (z.B. bei Baustellen im Straßenbereich)
 - Pachterhöhungen bei Landwirtschaftlichen Flächen
 - Pachterhöhung bei Klein- und Erholungsgärten
(Vorschlag bei Kleingärten ab 2014 um 2 Cent/ pro m²/Jahr)
 - zeitliche und räumliche Ausweitung der Parkgebührenpflicht (z.B: samstags nicht mehr gebührenfrei, Einbeziehung Hartmannplatz)

Alle o.g. Bereiche zusammen können ein Konsolidierungspotential bis zum Jahr 2015 von jährlich rund 800.000 € bieten.

Dezernat 6

Einzelne Schwerpunkte sind hervorzuheben:

Bei der Unterhaltung der öffentlichen **Grünanlagen** wurden die **organisatorischen Belange** weiter untersucht, um für die Zukunft Konsolidierungspotentiale unter Wahrung der Verkehrssicherungsaufgaben zu erschließen .

Im Rahmen des Grünpflegekonzeptes von 2009 wurde die Absenkung des Pflegestandards bereits für weite Bereiche beschlossen. Es war dennoch zur Wahrung eines Mindest-standards im Jahr 2009 eine Erhöhung im Verwaltungshaushalts erforderlich.

Mit Umsetzung der Flächenanpassungen und weiterer technischer Voraussetzungen wird nun perspektivisch die **Schwerpunktverlagerung von Eigenleistungen zu Fremdvergaben** vorgeschlagen. Organisatorisch wird ergänzend vorgeschlagen zentrumsnahe **Stützungs-punkte** zu halten und zentrumsferne zu **schließen** und die peripheren Stadtbereiche überwiegend mit Vergabeleistungen zu betreuen. Für die effizientere Betreuung sämtlicher Grünanlage ist die Einführung des **EDV gestützten Katasters** für alle Grünflächen der Stadt umzusetzen, der Planungsbereich ist zu stärken.

Zug um Zug kann dann entsprechend eine **Personalreduzierung im gärtnerischen Bereich** vorgenommen werden.

Das Grünflächenamt strebt an bis zum Jahr 2015 im gärtnerischen Bereich mit o.g. Maßnahmen eine Personalreduzierung von 92 auf 55 Stellen vorzunehmen.

(Es wird im Jahr 2012 eine Konsolidierungspotential von 270.000 € gesehen, welches bis zum Jahr 2015 bei entsprechendem Personalabgang und Umsetzungen auf rund 1,8 Mio € zu steigern ist.)

Dezernat 6

■ Im Weiteren :

Weitere vertiefende Untersuchungen wurden im Baudezernat für die satzungsrelevanten Bereiche in Zuständigkeit des ASR/ESC Oberflächenentwässerung und Straßenreinigung vereinbart.

D3 und D6 werden gemeinsam die Schwerpunktsetzungen und Zuschussbedarfe bei den Einrichtungen Tierpark und Botanischer Garten prüfen.

Dezernat 1: Personal

1. natürliche Personalfluktuaton
2. freiwillige Teilzeitvereinbarungen (befristet, unbefristet, Altersteilzeit), für kollektive Teilzeitregelungen fehlen die tariflichen Regelungen (Anwendungstarifvertrag)
3.
 - grundsätzlicher Einstellungsstopp in der SVC und den Eigenbetrieben sowie der Arge
 - anforderungs- und bedarfsgerechte Qualifizierung der Mitarbeiter
 - uneingeschränkte Anwendung des Direktionsrechtes nach § 106 Gewerbeordnung (Das Direktionsrecht ist das Recht des Arbeitgebers, die Einzelheiten der vom Arbeitnehmer aufgrund des Arbeitsvertrages zu erbringenden Arbeitsleistungen näher zu bestimmen. In diesem Rahmen ist das Einverständnis des Arbeitnehmers nicht erforderlich. So kann z. B. einem SB Dienstbarkeiten, Grundstückslasten mit Eingruppierung in EG 8 die Tätigkeit eines SB Wohngeld mit gleicher Eingruppierung einseitig übertragen werden. Flankierende Maßnahmen, u. a. eine anforderungsgerechte Qualifizierung, sind dabei zu berücksichtigen.)
4. Altersteilzeit

Dezernat 1: Personal

Auswertung der Altersstruktur der Beschäftigten/Beamten der SVC gesamt (Stand 15.01.2010)

Jahr des regulären Renteneintritts (Vollendung 65. Lebensjahr)	Anzahl der Beschäftigten/ Beamten
2010	24
2011	27
2012	54
2013	62
2014	91
2015	178
Gesamt	436

Möglichkeit 1: natürliche Personalfluktuaton

	2010			2011			2012			2013			2014			2015		
	AE	Pers	T€	AE	Pers	T€	AE	Pers	T€	AE	Pers	T€	AE	Pers	T€	AE	Pers	T€
Abgänge durch ATZ-Ende	69,2	155	4.079,80	63,2	136	3.779,40	23,7	51	1.431,40	48,0	102	2.928,10	2,7	6	166,40	1,8	4	112,00
Sonst. Abgänge	11,5	12	542,40	10,8	12	516,70	10,5	11	507,30	13,2	14	644,20	16,7	18	823,10	31,0	35	1.543,20
Abgänge gesamt	80,7	167	4.622,20	74,0	148	4.296,10	34,2	62	1.938,70	61,2	116	3.572,30	19,4	24	989,50	32,8	39	1.655,20

	Gesamt		
	AE	Pers.	T€
Abgänge durch ATZ-Ende	208,6	454	12.497,1
Sonst. Abgänge	93,6	102	4.576,9
Abgänge gesamt	302,3	556	17.074,0

Bis zum Jahr 2015 werden 302,3 AE (556 Personen) durch natürliche Abgänge frei. Dies würde bedeuten, dass bei Verzicht auf Wiederbesetzung dieser Stellen ab dem Jahr 2015 17 Mio. € dauerhaft freigesetzt werden könnten.

D1: Personal (Verlängerung der Altersteilzeit)

Vorschlag

- Ziel muss es sein, noch weitere Mitarbeiter/innen während der Laufzeit des HSK zur Altersteilzeit zu bewegen. Dafür kommen vordergründig die Jahrgänge 1951/52 in Frage. Dieser Personenkreis würde bei Inanspruchnahme der Altersteilzeit nicht erst in den Jahren 2016/2017 in Rente gehen, sondern im Alter von 63 Jahren in den Jahren 2014/2015.
- Jahrgang 1951: 162 Personen, Jahrgang 1952: 155 Personen → insgesamt: 317 Personen
- Bisher haben aus dem Jahrgang 1951/52 etwa 120 Personen bereits Altersteilzeitverträge abgeschlossen. Diese können somit für dieses Instrumentarium nicht mehr berücksichtigt werden und müssen von den 317 Personen abgezogen werden, so dass noch 197 Personen zur Verfügung stehen. Unterstellt man, dass sich die Hälfte für eine Altersteilzeitvereinbarung bereit erklären, könnten weitere 100 AE im Konsolidierungszeitraum abgebaut werden.
Damit können insgesamt 402,3 AE sozialverträglich abgebaut werden. Um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, muss das Instrument Altersteilzeit ab 2010 eingesetzt werden.

Wie geht es weiter?

- Aktuell: Klärung der offenen Fragen in den Ämtern
- Klausur der BM am 03.05.2010 zur Endabstimmung der Vorschläge
- Zusammenstellung der Vorschläge (haushaltsbezogen) durch die Ämter bis 22.05.2010
- Ausreichung der Listen an die Stadträte Mitte Juni 2010
- Ausreichung der Stadtratsvorlage 16.08.2010
- **Stadtratsbeschluss 22.09.2010**